



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Dr. Linus Förster, Horst Arnold, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Annette Karl, Andreas Lotte, Bernhard Roos** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/108, 17/317

Kommunale Daseinsvorsorge vor Privatisierungsgefahren durch internationale Handelsabkommen sichern!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene und gegenüber den Institutionen der EU in Brüssel frühzeitig und entschieden darauf zu drängen, dass es im Zuge der aktuellen Verhandlungen über ein Folgeabkommen zum WTO-Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services) und der künftigen bilateralen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) keinesfalls zu einer Einschränkung der Zuständigkeit von Kommunen für öffentliche Leistungen der Daseinsvorsorge kommen darf und diese der Liberalisierungswelle entzogen bleiben.

An die Bundesregierung ergeht der Appell, das politische Gewicht der Bundesrepublik in Brüssel entsprechend zur Geltung zu bringen.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin